



FDP-Landesverband M-V | Goethestr. 87 | 19053 Schwerin

LSVD Queer
Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Zeughausstraße 31
23966 Wismar

Schwerin, den 27. Juli 2021

vorab per Email an: info@gaymeinsam-mv.de

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021

Ihr Schreiben vom 05. Juli 2021

Sehr geehrter Herr Witt,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 05. Juli 2021. Nachfolgend senden wir Ihnen unsere Antworten auf Ihre Fragen (Wahlprüfsteine). Sollten Sie über die Antworten hinaus noch weitergehenden Bedarf haben, zögern Sie nicht uns zu kontaktieren.

Diskriminierungsschutz in Artikel 3 Grundgesetz und Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz ausbauen

Wie wollen Sie sich im Bundesrat dafür einsetzen, Art. 3, Abs. 3 GG zu ergänzen, um ausdrücklichen Schutz für LSBTIQ zu verankern sowie das AGG ausbauen und wirksamer gestalten (Einbeziehung staatlichen Handelns, Stärkung der Antidiskriminierungsstelle, Verbandsklagerecht, Aufhebung der Ausnahmeregelungen für Religionsgemeinschaften)?

Die FDP fordert die Erweiterung des Artikels 3 Grundgesetz um das Merkmal der sexuellen Identität. Damit wird nicht nur ein starkes gesellschaftliches Signal gesetzt, sondern die Gleichbehandlung auf Dauer abgesichert – unabhängig von politischen Entwicklungen und gesellschaftlichen Stimmungslagen.

Abstammungs- und Familienrecht für Regenbogenfamilien reformieren

Wie wollen Sie sich im Bundesrat dafür einsetzen, die Vielfalt der Regenbogenfamilien (Zwei-Mütter-Familien, Zwei-Väter-Familien, Mehrelternfamilien oder Familien mit trans oder inter* Eltern) abstammungs- und familienrechtlich abzusichern, die Kinder von Regenbogenfamilien und die gesellschaftliche Akzeptanz zu stärken?*

Freie Demokratische Partei LV Mecklenburg-Vorpommern
Landesgeschäftsstelle Goethestr. 87 19053 Schwerin
Tel.: 0385/562954 Fax: 0385/5574665
Email: m-v@fdp.de; homepage: www.fdp-mv.de
IBAN DE10 130 700 000 3177128 00, BIC DEUT DE BRXXX

Die Freien Demokraten treten für die Anerkennung von Mehrelternschaften und Elternschaftsvereinbarungen vor der Zeugung ein. Bis zu vier Elternteile sollen rechtliche Eltern sein können. Unabhängig von der Mehrelternschaft soll in Zwei-Mütter-Familien die Co-Mutter automatisch rechtliche Mutter sein, im Fall einer Samenspende oder mit Zustimmung des Vaters. So sollen lesbische Mütter gestärkt werden, ohne schwule Väter zu entrechten.

Die Reproduktionsmedizin soll allen Menschen unabhängig von der sexuellen Orientierung zugänglich sein, inklusive Eizellspende und nicht-kommerzieller Leihmutterschaft.

Selbstbestimmung von trans- und intergeschlechtlichen Menschen rechtlich anerkennen

Wie wollen Sie sich im Bundesrat dafür einsetzen, die Selbstbestimmung von trans & inter* Menschen rechtlich sicherzustellen (hinsichtlich Abschaffung des Transsexuellengesetzes, Voraussetzungen und Altersgrenze für Vornamens- und Personenstandsänderung, ein Verfahren für trans* & inter* Menschen, Standesamt oder Gericht)?*

Die FDP will das Transsexuellengesetz abschaffen und durch ein Selbstbestimmungsgesetz ersetzen. Änderungen des Geschlechtseintrags im Personenstand müssen ohne diskriminierende Hürden grundsätzlich per Selbstauskunft möglich sein. Die Kosten geschlechtsangleichender Behandlungen müssen vollständig von den Krankenkassen übernommen werden. Das Verbot genitalverändernder Operationen bei intersexuellen Kindern soll geschärft werden.

Hasskriminalität gegen LSBTIQ bekämpfen

*Wie wollen Sie Hasskriminalität gegen LSBTIQ wirksam bekämpfen (landesweiter Aktionsplan zu Prävention und Bekämpfung, Berufung einer Expert*innenkommission, Benennung LSBTIQ-feindlicher Motive in §46 und §130 StGB, Sensibilisierung Polizei & Justiz, bessere Erfassung und Forschung zu Dunkelfeld)?*

Die Polizei soll LSBTIQ-feindliche Straftaten bundesweit einheitlich erfassen und sie in ihrer Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit berücksichtigen. Homo- und transfeindliche Gewalt müsse im Strafgesetzbuch genauso behandelt werden wie rassistische Gewalt.

Die Bundes- und Landespolizei sollen LSBTIQ-Ansprechpartner benennen, LSBTIQ-feindliche Straftaten bundeseinheitlich erfassen und insbesondere Ermittlungsdienste entsprechend schulen.

Menschenrechtskonforme & LSBTIQ-inklusive Flüchtlingspolitik umsetzen

Wie wollen Sie eine menschenrechtskonforme, LSBTIQ-inklusive Flüchtlingspolitik umsetzen (faire, kultursensible Asylverfahren, Zugang zu Information und unabhängiger Rechtsberatung, Gewaltschutz bei Unterbringung, keine Abschiebung in Verfolgerstaaten, LSBTIQ-Themen in Sprach-/Integrationskursen)?

Wollen Sie Beratungsangebote und Selbsthilfegruppen für LSBTIQ-lebende Einwander*innen unterstützen? Wenn ja, wie wollen Sie diese fördern?

Inwiefern wollen Sie sich für die Rechte sexueller und geschlechtlicher Minderheiten im Dialog mit den internationalen Partnern Mecklenburg-Vorpommerns einsetzen?

Der Asylgrund "Verfolgung wegen sexueller Identität" wird im FDP-Bundesprogramm ausdrücklich hervorgehoben. Das Asylverfahrensgesetz ist an europäische Standards anzupassen. Verfahren und Unterbringung müssen für LSBTIQ-Geflüchtete sicher sein. Für Flüchtlinge aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten ist es besonders wichtig, dass die Asylverfahren zügig bearbeitet werden, um kurzfristig Rechtssicherheit zu erlangen. Dabei muss der Grundsatz gelten, dass auch bei Asylverfahren aus sicheren Herkunftsländern, stets der jeweilige Einzelfall individuell geprüft wird.

Respekt und Akzeptanz im Alltag stärken

Wie wollen Sie den Landes-Aktionsplan mit klaren, zeitlich definierten Zielvereinbarungen, Selbstverpflichtungen staatlicher Stellen und Haushaltsmitteln auflegen, LSBTIQ-Demokratie -Projekte auf Landesebene absichern, Bildung und Arbeit gegen Rechtsextremismus stärken?

Wie wollen Sie LSBTIQ-Themen stärker in der Bildung verankern?*

Beabsichtigen Sie die Entsendung von LSBTIQ-Interessenvertreter*innen in den NDR Rundfunkrat?*

Beabsichtigen Sie eine Änderung der Beflaggungsverordnung, um öffentliche Gebäude, wie Ministerien und Behörden, bspw. anlässlich des IDAHOBITS und der CSDs mit Regenbogenflaggen zu beflaggen?

Beratungs- und Selbsthilfeangebote sowie die schulische und öffentliche Aufklärung über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt wollen wir stärken. Die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, die vor 11 Jahren von der FDP initiiert wurde, soll dauerhaft im Bundeshaushalt gesichert werden.

Die Regenbogenfahne ist ein sichtbares Zeichen von Toleranz und Akzeptanz, steht für die Vielfalt der Lebensformen und deren Gleichberechtigung. Eine Beflaggung von öffentlichen Gebäuden zeigt die Verbundenheit und Solidarität mit LSBTIQ und wird seitens der FDP-MV ausdrücklich unterstützt. Diesbezüglich soll die Beflaggungsordnung erweitert werden.

Vertreter von LSBTIQ-Verbänden sind bereits im Fernsehrat des ZDF, im Hörfunkrat des Deutschlandradios sowie in den Rundfunkräten vom Saarländischen Rundfunk, Radio Bremen, WDR, rbb und MDR. Die FDP fühlt sich dem Grundsatz, dass der Rundfunkrat einen Querschnitt der Bevölkerung abbilden soll, verbunden und wird sich deshalb für die Änderung des Rundfunkstaatsvertrags einsetzen. Auch im Rundfunkrat des NDR müssen Vertreter von LSBTIQ-Verbänden aufgenommen werden, damit diese für die Interessen ihrer Mitglieder eintreten können. Keine Vertretung hat diese gesellschaftliche Gruppe in den Rundfunkräten von NDR und Bayerischem Rundfunk.

Queere Gesundheit fördern

Wie wollen Sie die diskriminierenden Blutspendeverbote für „MSM“ und Trans aufheben, einen LSBTIQ-Gesundheitsbericht auflegen, das Krankheitsrisiko Diskriminierung angehen, für LSBTIQ-inklusive Gesundheitsversorgung sorgen sowie einen Rettungsschirm für Corona-bedrohte LSBTIQ-Infrastruktur spannen?*

Die FDP fordert ein vollständiges Verbot sog. Konversionstherapien und die Abschaffung des Blutspende-Verbot für homo- und bisexuelle Männer.

Queer und Alter

Beabsichtigen Sie, den Bedürfnissen älterer und pflegebedürftiger LSBTIQ nachzukommen? Wenn ja, wie?

Ältere und pflegebedürftige Menschen sollen selbstverständlich und offen ihrer sexuellen Identität entsprechend leben können. Dazu wollen wir die Potenziale der Selbstorganisation und -hilfe stärken und Netzwerkstrukturen zu unterstützen. Niemand kennt die Bedürfnisse von Schwulen und Lesben, Bi-, Intersexuellen und Transgendern besser als sie selbst. Wir stehen für eine generationenübergreifende Politik und wollen insbesondere den Dialog zwischen älteren und jüngeren Lesben und Schwulen fördern. Wir wollen die Begegnung und Kommunikationsangebote verbessern und damit Altersdiskriminierung, sozialer Isolation sowie Vereinsamung entgegenwirken. Dazu können Freizeitangebote und Mehrgenerationenprogramme, aber auch Geschichtsprojekte („Zeitzeugen“-Begegnungen) beitragen. Informationen über gleichgeschlechtliche Lebensweisen müssen in die Aus- und Weiterbildung sowie in die Organisations- und Personalentwicklung in der Altenarbeit und Altenpflege integriert werden.

Queere Räume absichern

Welche Bedeutung messen Sie queeren Räumen und Treffpunkten bei? Wie wollen Sie diese aufgabengerecht finanziell fördern?

Insbesondere in der Jugendarbeit wird die FDP der Diskriminierung gegenüber LGBTIQ entgegenwirken und Jugendliche bei einem selbstbewussten Coming-Out unterstützen. Sozialarbeiterische Betreuung entsprechender Jugendzentren werden weiterhin gefördert. Außerdem sollen die Schulen vor Ort ermutigt werden, die Angebote bestehender ehrenamtlicher Schulaufklärungsprojekte wahrzunehmen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Doreen Siegemund
Landesgeschäftsführerin